

Antrag

der Abgeordneten Dr. Pinger, Dr. Hüscher, Höffkes, Hedrich, Dr. Lammert, Lamers, Repnik, Schreiber, Sauter (Epfendorf), Borchert, Feilcke, Frau Fischer, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Pohlmeier, Graf von Waldburg-Zeil, Herkenrath, Echternach, Kraus, Schulhoff, Hornung, Weiß, Wilz, Kolb, Dr. Hornhues, Eylmann, Seesing, Frau Roitzsch (Quickborn), Dr. Hoffacker, Schemken, Maaß, Jagoda, Magin, Ruf, Schneider (Idar-Oberstein), Link (Frankfurt), Sauer (Stuttgart), Dr. Olderog, Dr. Schroeder (Freiburg), Clemens und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Schäfer (Mainz), Dr. Rumpf, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Feldmann, Frau Seiler-Albring, Ertl, Ronneburger, Dr. Solms, Dr. Weng (Gerlingen) und der Fraktion der FDP

Reformen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Voraussetzung für Selbsthilfe in der Dritten Welt

In vielen Entwicklungsländern nimmt das Elend immer bedrohlichere Ausmaße an. Die Gründe dafür reichen von externen Krisenursachen wie Preisverfall der Rohstoffe, Ölpreis- und Zinssteigerung sowie Naturkatastrophen bis zu Problemen, die die Regierungen der Entwicklungsländer durch ihre Politik selbst geschaffen haben. Bei den internen Krisenursachen kommt der Frage, ob die Regierungen die Selbsthilfe und die Eigenanstrengungen der Bevölkerung ermutigen und fördern, besondere Bedeutung zu. Denn alle Anstrengungen der Menschen in den Entwicklungsländern sind nutzlos, wenn ihre Eigeninitiative aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht anerkannt oder sogar bestraft wird. Die erhoffte Selbsthilfe möglichst breiter Bevölkerungsschichten bleibt dann aus, und unsere Entwicklungspolitik wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wir sind aber – auch aus Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt – verpflichtet, die Wirksamkeit unserer Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Dies gelingt nur, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern selbsthilfefördernd gestaltet und ausreichende Freiräume für die Selbsthilfeorganisationen vorhanden sind.

Den Entwicklungsländern eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzuzwingen, ist völlig ausgeschlossen. Zwar hat das Ordnungsmodell einer sozialgebundenen Wettbe-

werbsordnung bisher die überzeugendsten Leistungen einer wirtschaftlichen und sozialen freiheitlichen Entwicklung erbracht, bei uns in der spezifischen Form der „sozialen Marktwirtschaft“. Dieses Ordnungsmodell ist aber nicht auf die Entwicklungsländer übertragbar. Gleichwohl gibt es in jedem Land kulturell angepaßte und funktionsfähige Grundelemente einer freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Ordnung. Daher soll für eine Politik geworben werden, die Prinzipien einer sozialgebundenen Wettbewerbsordnung auf die besondere Situation des Entwicklungslandes anwendet.

Mit einer solchen Politik können die Entwicklungsländer am besten dazu beitragen, auf ihren Binnenmärkten ein Klima des Vertrauens und der Stabilität zu schaffen. Dies stärkt nicht nur die interne Kreditwürdigkeit, sondern wirkt auch der hohen Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern entgegen, die bereits mehr als die Hälfte des Kapitalzuflusses erreicht. Die Kapitalflucht entzieht den Entwicklungsländern die finanziellen Mittel, die sie für die Finanzierung der notwendigen internen Anpassungsmaßnahmen dringend benötigen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, einen kontinuierlichen Prozeß des Austausches von Erfahrungen, Informationen und Ideen über Entwicklungsziele, Programme der Zusammenarbeit und die dazu erforderlichen Wirkungsvoraussetzungen („Politik-Dialog“) mit den Entwicklungsländern zu führen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt insbesondere, daß dabei nicht nur über einzelne Projekte und Programme, sondern auch über die Bedingungen einer wirksamen sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklung sowie die ökologischen Erfordernisse und die daraus zu ziehenden Konsequenzen bei Planung und Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit gesprochen werden soll. Etwaige Befürchtungen, im Politik-Dialog würden den ärmsten Entwicklungsländern die Bedingungen für die Zusammenarbeit diktiert, sollte die Bundesregierung durch systematische Information abbauen.
3. Die Bundesregierung soll besonderes Augenmerk all jenen Vorhaben widmen, die die Bevölkerung der Entwicklungsländer zu eigenen produktiven Vorhaben, vor allem auch im informellen Sektor, anregen. Hierzu gehört die verstärkte Förderung von Kleinbauern, Handwerks- und anderen gewerblichen Kleinbetrieben sowie die Beendigung der Bevorzugung von Großprojekten. Die Bundesregierung soll aktiv bei der Gestaltung der Voraussetzungen mithelfen, die der gesamten Bevölkerung einen Freiheitsraum lassen für private Leistungen, für marktorientierte wirtschaftliche Aktivität, für Selbsthilfe und Interessen-Organisationen (z. B. bei der Agrarreform).
4. Bevorzugt fördern soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, in denen man sich um die

Wahrung der Menschenrechte und der politischen Grundrechte der Bürger bemüht und eine Wirtschaftsordnung anstrebt, in der die persönliche Leistung sich in Marktbeziehungen entfalten kann und in der die Bevölkerung an der Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben durch ihre Selbstorganisationen partizipiert.

5. Bei Entwicklungsländern, die politisch durch ein geringes Maß an Freiheit, staatliche Intervention sowie bürokratische Bevormundung geprägt sind und wo eine Zentralplanung mit staatlicher Lenkung der Wirtschaft erzwungen wird, soll die Bundesregierung die Wirksamkeit ihrer Entwicklungszusammenarbeit überprüfen. Dies gilt ebenso für Ordnungen, in denen bei mangelnder Offenheit der Kredit- und Produktionsmärkte die Ausbeutung der Masse der arbeitenden Bevölkerung durch private monopolistische Wirtschaftsstrukturen und ohne sozialen Ausgleich zugelassen wird. In beiden Fällen liegen ungünstige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung vor.
6. Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb, daß die Bundesregierung sich bemüht, das Instrumentarium ihrer Entwicklungszusammenarbeit stärker als bisher auf den Aufbau freiheitlicher, marktorientierter, den sozialen Ausgleich fördernde Ordnungen zu richten.

Dieses Instrumentarium sollte enthalten:

- 6.1 den entwicklungspolitischen Dialog (Politik-Dialog) im Rahmen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern,
- 6.2 Länderanalysen als laufend fortzuschreibende inhaltliche Grundlage des Politik-Dialogs,
- 6.3 die Ausweitung des Dialogs auf die dafür in Frage kommenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zielgruppen aus Entwicklungsländern durch Veranstaltungen deutscher Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern,
- 6.4 eine Aus- und Fortbildung sowie Beratung durch die deutschen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, deren Inhalte der Bedeutung der Rahmenbedingungen gerecht werden,
- 6.5 das vermehrte Angebot von technischer Zusammenarbeit für diese ordnungspolitische Zielsetzung, damit zusammen mit den Partnern in den Entwicklungsländern – insbesondere Nichtregierungsorganisationen – der Aufbau von Strukturen für Selbsthilfe, für Selbstverwaltung und für privatwirtschaftliche Initiativen eingeleitet bzw. verbessert werden kann,
- 6.6 die Intensivierung der Anstrengungen der Bundesregierung, sich in dieser Zielsetzung mit Regierungen anderer

Geberländer und der Europäischen Gemeinschaft abzustimmen.

7. Der Deutsche Bundestag ist sich dessen bewußt, daß eine an größerer Wirksamkeit orientierte Entwicklungszusammenarbeit Zeit, Geduld und Flexibilität erfordert. Gerade deshalb sollte die Bundesregierung allen ihren Partnern in der Dritten Welt möglichst bald ihr Dialogangebot vorstellen.
8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in ihrem Entwicklungspolitischen Bericht über den Stand ihrer Bemühungen in dieser Frage zu berichten.

Bonn, den 30. Oktober 1985

Dr. Pinger	Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Hüsch	Dr. Hoffacker
Höffkes	Schemken
Hedrich	Maaß
Dr. Lammert	Jagoda
Lamers	Magin
Repnik	Ruf
Schreiber	Schneider (Idar-Oberstein)
Sauter (Epfendorf)	Link (Frankfurt)
Borchert	Sauer (Stuttgart)
Feilcke	Dr. Olderog
Frau Fischer	Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Kunz (Weiden)	Clemens
Dr. Pohlmeier	Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Graf von Waldburg-Zeil	
Herkenrath	Schäfer (Mainz)
Echternach	Dr. Rumpf
Kraus	Frau Dr. Hamm-Brücher
Schulhoff	Dr. Feldmann
Hornung	Frau Seiler-Albring
Weiß	Ertl
Wilz	Ronneburger
Kolb	Dr. Solms
Dr. Hornhues	Dr. Weng (Gerlingen)
Eylmann	Mischnick und Fraktion
Seesing	